

Titel:

Dienstpflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer nicht erfolgten Erhebung von Gewerbesteuer über einige Jahre und dadurch begangener Untreue mit einer Schadenshöhe im Millionen-Bereich

Normenketten:

BayDG Art. 12, Art. 14 Abs. 1, Art. 19, Art. 22, Art. 24 Abs. 3 S. 1, Art. 25, Art. 50 Abs. 1

VwGO § 117 Abs. 3

StGB § 20, § 21, § 263 Abs. 3, § 266 Abs. 1, Abs. 2

BeamStG § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, § 33 Abs. 1 S. 3, § 34 S. 1, § 35 S. 1, § 47 Abs. 1 S. 1

Leitsätze:

1. Bei der gebotenen Betrachtung der be- und entlastenden Umstände des Einzelfalls fallen die lange Dauer und der Umfang des dienstpflichtwidrigen Verhaltens, die enorme Schadenshöhe im Millionen-Bereich und das Versagen des Beamten im Kernbereich seines Aufgaben- und Pflichtenbereichs erschwerend ins Gewicht, insbesondere wenn es sich zudem um eine innerdienstliche Straftat zulasten des Dienstherrn handelt. (Rn. 33) (redaktioneller Leitsatz)

2. Nicht die Höchstmaßnahme der Aberkennung des Ruhegehalts, sondern nur die Kürzung des Ruhegehalts ist einschlägig, wenn im Rahmen der Maßnahmebemessung nach Art. 14 Abs. 1 BayDG aufgrund gewichtiger Milderungsaspekte trotz schwerem Dienstvergehen bei Berücksichtigung aller be- und entlastenden Umstände des Einzelfalls noch nicht von einem vollständigen Vertrauensverlust auszugehen ist. (Rn. 28) (redaktioneller Leitsatz)

3. Nach dem Grundsatz in dubio pro reo sind mildernde Umstände bei der Maßnahmebemessung zu berücksichtigen, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Beamte bereits seit 20 Jahren psychisch belastet ist (ebenso BVerwG BeckRS 2012, 50029). (Rn. 43) (redaktioneller Leitsatz)

Schlagworte:

Disziplinarlage, Kürzung des Ruhegehalts, Innerdienstliche Untreue über Jahre durch Nichterhebung von Gewerbesteuer, Milderung durch verminderte Schuldfähigkeit, Psychische Erkrankung mit Auswirkungen auf Kernpflichtbereich, In dubio pro reo, Grundsatz, Weitere Milderung wg. gerichtl. Verfahrensdauer, Kürzung Ruhegehalt, innerdienstliche Untreue über Jahre durch Nichterhebung von Gewerbesteuer, psychische Erkrankung mit Auswirkungen auf Kernpflichtbereich, in dubio pro reo, Weitere Milderung wegen gerichtlicher Verfahrensdauer

Tenor

I. Gegen den Beklagten wird auf die Disziplinarmaßnahme der Kürzung des Ruhegehalts um 1/20 für die Dauer von vier Jahren erkannt.

II. Die Kosten des Verfahrens hat der Beklagte zu tragen.

Tatbestand

1

Der Kläger begehrt im Wege der Disziplinarlage die Aberkennung des Ruhegehalts des Beklagten als Beamten im Ruhestand aufgrund während der aktiven Zeit begangener Dienstpflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer nicht erfolgten Erhebung von Gewerbesteuer über einige Jahre und dadurch begangener Untreue.

2

1. Der am ... 1955 geborene Beklagte ist - nach Arbeitsunfähigkeit seit dem Jahre 2016 - seit 25. Oktober 2017 Beamter im Ruhestand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... Zum 1. Januar 1983 war er nach seiner Ausbildung zum Beamten im mittleren Dienst bei der Stadt M* ... zum Beamten auf Lebenszeit

ernannt worden. Seit 1. Januar 1989 war der Beklagte im Steueramt bei der Verwaltungsgemeinschaft T* ... tätig, zuletzt als Verwaltungsamtsinspektor in der Besoldungsgruppe A9. Hinsichtlich der Einzelheiten seines beruflichen Werdegangs wird auf die Ausführungen in der Disziplinaranzeige sowie die beigelegte Personalakte Bezug genommen. Der Beklagte wurde zuletzt im Jahre 2013 mit 14 Punkten beurteilt. Im Verfahren wurde ein Persönlichkeitsbild unter dem 24. Juni 2017 erstellt. Der Beklagte ist geschieden und Vater dreier - bereits erwachsener - Kinder. Mit Urteil des Amtsgerichts Memmingen vom *. Dezember 2018, rechtskräftig seit ... Januar 2019, wurde gegen den Beklagten eine (Gesamt-)Freiheitsstrafe von 11 Monaten wegen Untreue in drei Fällen im Zusammenhang mit den vorliegend gegenständlichen Vorwürfen verhängt. Im Übrigen ist der Beklagte strafrechtlich und disziplinarisch nicht vorbelastet. Mit Verfügung der Landesadvokatur Bayern vom ... Juni 2017 war der Beklagte vorläufig des Dienstes enthoben und ein Einbehalt von 50% der monatlichen Dienstbezüge verfügt. Nach Versetzung in den Ruhestand und einer Stellungnahme des Bevollmächtigten des Beklagten zu einem weiteren Einbehalt wurde von einem solchen abgesehen.

3

2. Nach Übertragung der Disziplinarbefugnisse durch die Gemeinschaftsversammlung der VG T* ... vom 14. Juni 2016 auf die Landesadvokatur Bayern - Disziplinarbehörde - leitete diese mit Verfügung vom 30. September 2016 ein Disziplinarverfahren gegen den Beklagten gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG) ein, informierte den Beklagten darüber und gab ihm Gelegenheit zur Stellungnahme nach Art. 22 BayDG. Im Hinblick auf ein staatsanwaltschaftliches Vorermittlungsverfahren unter dem Az. 114 AR 191/16 wurde das Disziplinarverfahren zunächst gemäß Art. 24 Abs. 3 Satz 1 BayDG ausgesetzt, unter dem 30. Mai 2017 zur Konkretisierung der erhobenen Vorwürfe fortgesetzt und erneut für die Dauer des Strafverfahrens ausgesetzt. Nach Abschluss des Strafverfahrens wurde das Disziplinarverfahren mit Verfügung vom 21. Februar 2019 fortgesetzt und unter dem 25. März 2019 das vorläufige Ergebnis der Ermittlungen vermerkt. Der Beklagte erhielt Gelegenheit zur Stellungnahme, von der er gegenüber der Landesadvokatur Bayern keinen Gebrauch machte.

4

3. Diese erhob daraufhin am 10. Mai 2019 Disziplinaranzeige zum Verwaltungsgericht München mit dem Ziel der Aberkennung des Ruhegehalts des Beklagten. Auf die Begründung wird gemäß § 117 Abs. 3 VwGO Bezug genommen. Unter dem 13. Dezember 2021 wurde schriftsätzlich auf das Vorbringen des Bevollmächtigten des Beklagten erwidert, am 18. März 2022 die in der Disziplinaranzeige enthaltene Schadensberechnung und deren Zustandekommen näher erläutert. Auf die Ausführungen im Erörterungstermin am 18. Januar 2022 sowie der mündlichen Verhandlung vom 5. April 2022 wird ebenso Bezug genommen und auf die jeweilige Niederschrift verwiesen.

5

Der Kläger beantragt,

dem Beklagten das Ruhegehalt abzuerkennen.

6

Der Beklagte beantragt,

die Anzeige abzuweisen.

7

Mit Schriftsatz vom 15. Juli 2019 nahm der Bevollmächtigte zur Disziplinaranzeige Stellung. Es werde nicht in Abrede gestellt, dass Bearbeitungsrückstände bestanden und im Bereich Gewerbesteuerfestsetzung bzw. Grundsteuer Verjährungen eingetreten seien. Dies sei jedoch nicht ausschließlich dem Beklagten anzulasten. Insoweit verweist der Bevollmächtigte des Beklagten auf eine zu geringe Personaldichte, fehlende Vertretungsregelungen und einen erheblichen Umfang des Aufgabenbereichs des Beklagten. Insbesondere zu Letzterem wird näher ausgeführt. Es sei daher schlichtweg und einfach zeitlich nicht machbar gewesen, was vom Beklagten verlangt worden sei. Dies hätten die Verantwortlichen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht durchaus erkennen können und müssen. Dies gelte umso mehr, als der Beklagte bereits im Jahre 2013 auf seine eingeschränkte Leistungsfähigkeit und die Diagnose Burnout hingewiesen hätte. Bearbeitungsrückstände und hoher Arbeitsanfall im Steueramt seien seit 2013 bekannt. Zudem wurde geltend gemacht, der Beklagte sei auch aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage gewesen, das angegebene Arbeitspensum zu bewältigen. Auf das im Strafverfahren eingeholte psychiatrische Gutachten

wurde Bezug genommen. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Symptomatik der Depression/Burnout praktisch immer vorhanden gewesen sei und somit generell zu einer erheblichen Leistungseinschränkung geführt hätte. Bereits im Jahre 2002 hätten sich die psychischen Probleme beim Beklagten eingestellt, die Situation habe sich in der Folge weiter verschlechtert. Hinzu komme der Eintritt eines Tinnitus. Insofern habe sich ein massiver Erschöpfungszustand eingestellt. Hierzu wird näher ausgeführt. Zu Gunsten des Beklagten sei seine getätigte Arbeit von guter Qualität und entsprechender Zuverlässigkeit zu berücksichtigen. Der Beklagte habe sich in keine Weise selbst bereichert bzw. durch die ihm vorgeworfenen Handlungen Vorteile erlangt. Die Berechnung der vermeintlichen Schäden sei nicht nachvollziehbar und werden demgemäß bestritten. Zum übrigen Vorbringen wird auf die Klageerwiderung sowie die Ausführungen im Erörterungstermin und in der mündlichen Verhandlung verwiesen.

8

In der mündlichen Verhandlung am 5. April 2022 wurde der psychiatrische Gutachter im Strafverfahren als sachverständiger Zeuge zur psychischen Verfasstheit des Beklagten bei Begehung des diesem zur Last gelegten Verhaltens in Ergänzung zum schriftlichen Gutachten im Strafverfahren und der protokollierten mündlichen Erläuterung im Strafverfahren einvernommen. Auf die Niederschrift über die Beweisaufnahme am 5. April 2022 wird Bezug genommen.

9

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakte, insbesondere die Niederschrift über den Erörterungstermin am 18. Januar 2022 und die mündliche Verhandlung am 5. April 2022 mit der erfolgten Beweisaufnahme, sowie die vorgelegten Akten der Disziplinarbehörde und der VG T* ..., die beigezogenen Strafakten des Verfahrens 114 Js ... und die Personalakte, verwiesen.

Entscheidungsgründe

10

Auf die Disziplinarlage des Klägers hin wird auf die Disziplinarmaßnahme der Kürzung des Ruhegehalts des Beklagten gemäß Art. 12 BayDG erkannt. Eine Aberkennung des Ruhegehalts kommt aufgrund der - zumindest in dubio pro reo anzunehmenden - mildernd zu berücksichtigenden psychischen Verfasstheit des Beklagten bei der Begehung der Dienstvergehen nicht in Betracht.

11

I. Formelle Mängel des Disziplinarverfahrens bestehen keine. Soweit solche zunächst beklagtenseits mit Schreiben vom 15. Juli 2019 erhoben wurden, hat der Bevollmächtigte des Beklagten diese nach Erörterung im Erörterungstermin am 18. Januar 2022 in der mündlichen Verhandlung am 5. April 2022 ausdrücklich nicht länger aufrechterhalten.

12

Insbesondere wurden die Disziplinarbefugnisse am 14. Juni 2016 durch den Beschluss der VG T* ... gemäß Art. 18 Abs. 5 BayDG i.V.m. § 4 Abs. 2 DVKommBayDG hinreichend auf die Landesadvokatschaft Bayern - Disziplinarbehörde - übertragen.

13

Für eine Beteiligung des Personalrats bestand nach Ruhestandsversetzung kein Raum mehr, nachdem der Beklagte seit diesem Zeitpunkt kein Beschäftigter nach Art. 4 BayPVG mehr ist.

14

Die Disziplinarlage erfüllt die an sie gestellten formalen Anforderungen nach Art. 50 Abs. 1 BayDG. Insbesondere sind in formaler Hinsicht Ausführungen zum Persönlichkeitsbild und zum Krankheitsbild des Beklagten entgegen der Rüge des Bevollmächtigten des Beklagten enthalten. Ob diese ebenso wie die beklagtenseits vorgetragenen Aspekte der Organisationsstruktur bei der VG T* ... im Rahmen der Maßnahmenbemessung ausreichend gewürdigt wurden, ist keine formale Frage.

15

II. Dem Beklagten liegt folgender Sachverhalt zur Last:

16

1. Das Urteil des Amtsgerichts Memmingen - Schöffengericht - vom *. Dezember 2018, rechtskräftig seit 11. Januar 2019 - Az. 114 Js ... - enthält folgende tatsächlichen Feststellungen:

„Der Angeklagte war in der Verwaltungsgemeinschaft T* ... als kommunaler Beamter Leiter des Steueramtes und für die Festsetzung der Gewerbesteuer für Unternehmen in den Gemeinden T* ..., A* ..., R* ... und W* ... zuständig. Aufgrund dieser Zuständigkeit oblag dem Angeklagten insoweit eine Vermögensbetreuungspflicht für die Einnahmen der Gemeinden aus der ihr zustehenden Gewerbesteuer. Der Angeklagte war verpflichtet, auf Grundlage der vom Finanzamt mitgeteilten Gewerbesteuermessbescheide die Gewerbesteuer eigenverantwortlich innerhalb der 4-jährigen Festsetzungsfrist gemäß § 169 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AO zu erheben. Bis zu einem Zuarbeiten durch eine weitere Mitarbeiterin ab Sommer 2014 und der Einführung eines 4-Augen-Prinzips ab 01.01.2015 durch Erfassung sämtlicher eingehender Messbescheide und Abgleich der Erledigung der korrespondierenden Gewerbesteuerbescheide samt wöchentlichen Besprechungen mit dem Kämmerer der Verwaltungsgemeinschaft, unterlag der Angeklagte keiner Kontrolle. Er kannte seine Pflicht zur Erhebung der Gewerbesteuer und hätte dieser auch nachkommen können. Dennoch unterließ er es zumindest im Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2013 in insgesamt 3 Fällen, die Gewerbesteuer zum spätestens relevanten Festsetzungszeitpunkt 31.12.2011 (Steuerjahr 2007), 31.12.2012 (Steuerjahr 2008) und 31.12.2013 (Steuerjahr 2009) des jeweiligen Steuerjahres durch Bescheid zu erheben, sodass für die vorgenannten Erhebungszeiträume jeweils die Festsetzungsverjährung eintrat und eine Nachforderung durch die Verwaltungsgemeinschaft T* ... nicht mehr möglich war. Hierdurch entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... infolge ausfallenden Gewerbesteueraufkommens ein Schaden von zunächst insgesamt 1.110.148,-€. Die Entstehung dieses Schadens hielt der Angeklagte aufgrund der nicht mehr vollständigen Bearbeitung der Messbescheide für naheliegend und nahm dies zumindest billigend in Kauf.

Im Einzelnen entstanden für die Jahre 2007 bis 2009 folgende Schäden:

1. Veranlagungszeitraum 2007

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 12 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 9.843,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbebereinigt steuer
	2007- 2010				
111 A*	2007	759	3,2	2428	2428
...					
111 A*	2007	16	3,2	51	51
...					
111 A*	2007	130	3,2	416	416
...					
111 A*	2007	107	3,2	342	342
...					
111 A*	2007	47	3,2	150	150
...					
111 A*	2007	107	3,2	342	342
...					
111 A*	2007	1340	3,2	4288	4288
...					
111 A*	2007	405	3,2	1296	1296
...					
111 A*	2007	30	3,2	96	96
...					
111 A*	2007	44	3,2	140	140
...					
111 A*	2007	55	3,2	176	176
...					
111 A*	2007	37	3,2	118	118
...					

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 7 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 6.372,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe- steuer bereinigt
	2007- 2010				

209	R*	2007	243,58	2,6	633	633
...						
209	R*	2007	94	2,6	244	244
...						
209	R*	2007	300	2,6	780	780
...						
209	R*	2007	363	2,6	943	943
...						
209	R*	2007	1092	2,6	2839	2839
...						
209	R*	2007	334	2,6	868	868
...						
209	R*	2007	25	2,6	65	65
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 67 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 197.057,- zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbesteuer bereinigt
		2007- 2010				
203	T*	2007	2735	2,8	7658	7658
...						
203	T*	2007	983,69	2,8	2754	2754
...						
203	T*	2007	204,31	2,8	572	572
...						
203	T*	2007	352	2,8	985	985
...						
203	T*	2007	35,68	2,8	99	99
...						
203	T*	2007	617,44	2,8	1728	1728
...						
203	T*	2007	875,46	2,8	2451	2451
...						
203	T*	2007	1745	2,8	4886	4886
...						
203	T*	2007	145,11	2,8	406	406
...						
203	T*	2007	4460	2,8	12488	12488
...						
203	T*	2007	232	2,8	649	649
...						
203	T*	2007	1000	2,8	2800	2800
...						
203	T*	2007	14	2,8	39	39
...						
203	T*	2007	372	2,8	1041	1041
...						
203	T*	2007	178	2,8	498	498
...						
203	T*	2007	405	2,8	1134	1134
...						
203	T*	2007	11	2,8	30	30
...						
203	T*	2007	2100	2,8	5880	5880
...						
203	T*	2007	7495	2,8	20986	20986
...						
203	T*	2007	378	2,8	1058	1058
...						
203	T*	2007	146	2,8	408	408
...						
203	T*	2007	1550	2,8	4340	4340
...						

203	T*	2007	680	2,8	1904	1904
...						
203	T*	2007	308	2,8	862	862
...						
203	T*	2007	2675	2,8	7490	7490
...						
203	T*	2007	88	2,8	246	246
...						
203	T*	2007	675	2,8	1890	1890
...						
203	T*	2007	2125	2,8	5950	- 260 5690
...						
203	T*	2007	736	2,8	2060	2060
...						
203	T*	2007	483	2,8	1352	1352
...						
203	T*	2007	71	2,8	198	198
...						
203	T*	2007	5060	2,8	14168	14168
...						
203	T*	2007	93	2,8	260	260
...						
203	T*	2007	1375	2,8	3850	3850
...						
203	T*	2007	37	2,8	103	103
...						
203	T*	2007	83	2,8	232	232
...						
203	T*	2007	55	2,8	154	154
...						
203	T*	2007	252	2,8	705	705
...						
203	T*	2007	603	2,8	1688	1688
...						
203	T*	2007	1008	2,8	2822	2822
...						
203	T*	2007	39	2,8	109	109
...						
203	T*	2007	41	2,8	114	114
...						
203	T*	2007	3425	2,8	9590	9590
...						
203	T*	2007	2010	2,8	5628	5628
...						
203	T*	2007	48	2,8	134	134
...						
203	T*	2007	928	2,8	2598	2598
...						
203	T*	2007	66	2,8	184	184
...						
203	T*	2007	585	2,8	1638	1638
...						
203	T*	2007	80	2,8	224	224
...						
203	T*	2007	415	2,8	1162	1162
...						
203	T*	2007	920	2,8	2576	2576
...						
203	T*	2007	96	2,8	268	268
...						
203	T*	2007	87	2,8	243	243
...						
203	T*	2007	1072	2,8	3001	3001
...						
203	T*	2007	1168	2,8	3270	3270
...						

203	T*	2007	250	2,8	700	700
...						
203	T*	2007	1395	2,8	3906	3906
...						
203	T*	2007	3845	2,8	10766	10766
...						
203	T*	2007	4165	2,8	11662	11662
...						
203	T*	2007	26	2,8	72	72
...						
203	T*	2007	53	2,8	148	148
...						
203	T*	2007	655	2,8	1834	1834
...						
203	T*	2007	117	2,8	327	327
...						
203	T*	2007	212	2,8	593	593
...						
203	T*	2007	1790	2,8	5012	5012
...						
203	T*	2007	278	2,8	778	778
...						
203	T*	2007	4270	2,8	11956	11956
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 15 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von € 88.942,- zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe- steuer bereinigt
		2007- 2010				
216	W*	2007	14,59	2,9	42	42
...						
216	W*	2007	417	2,9	1209	1209
...						
216	W*	2007	91	2,9	263	263
...						
216	W*	2007	1076	2,9	3120	3120
...						
216	W*	2007	174	2,9	504	504
...						
216	W*	2007	558	2,9	1618	1618
...						
216	W*	2007	4	2,9	11	11
...						
216	W*	2007	920	2,9	2668	2668
...						
216	W*	2007	56	2,9	162	162
...						
216	W*	2007	228	2,9	661	661
...						
216	W*	2007	573	2,9	1661	1661
...						
216	W*	2007	15	2,9	43	43
...						
216	W*	2007	19715	2,9	57173	557173
...						
216	W*	2007	6190	2,9	17951	17951
...						
216	W*	2007	640	2,9	1856	1856
...						

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2007 ein Schaden von € 302.214,-.

2. Veranlagungszeitraum 2008

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 13 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 45.564,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbesteuer bereinigt
	2007- 2010				
111 A*	2008	1589,4	3,2	5086	5086
...					
111 A*	2008	663	3,2	2121	2121
...					
111 A*	2008	644	3,2	2060	2060
...					
111 A*	2008	675	3,2	2160	2160
...					
111 A*	2008	518	3,2	1657	1657
...					
111 A*	2008	178	3,2	569	569
...					
111 A*	2008	6205	3,2	19856	19856
...					
111 A*	2008	549	3,2	1756	1756
...					
111 A*	2008	210	3,2	672	672
...					
111 A*	2008	101	3,2	323	323
...					
111 A*	2008	437	3,2	1398	1398
...					
111 A*	2008	644	3,2	2060	2060
...					
111 A*	2008	1827	3,2	5846	5846
...					

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 12 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 27.058,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe-steuer bereinigt
	2007- 2010				
209 R*	2008	678,46	2,6	1763	1763
...					
209 R*	2008	847	2,6	2202	2202
...					
209 R*	2008	136	2,6	353	353
...					
209 R*	2008	486	2,6	1263	1263
...					
209 R*	2008	1253	2,6	3257	3257
...					
209 R*	2008	301	2,6	782	782
...					
209 R*	2008	1274	2,6	3312	3312
...					
209 R*	2008	322	2,6	837	837
...					
209 R*	2008	854	2,6	2220	2220
...					
209 R*	2008	3181	2,6	8270	8270
...					
209 R*	2008	73	2,6	189	189
...					
209 R*	2008	1004	2,6	2610	2610
...					

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 73 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 286.800,- zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
		2007- 2010					
203	T*	2008	917,47	2,8	2568		2568
...							
203	T*	2008	2709	2,8	7585		7585
...							
203	T*	2008	2156,16	2,8	6037		6037
...							
203	T*	2008	1364,98	2,8	3821		3821
...							
203	T*	2008	689	2,8	1929		1929
...							
203	T*	2008	479	2,8	1341		1341
...							
203	T*	2008	70,29	2,8	196		196
...							
203	T*	2008	1155,2	2,8	3234		3234
...							
203	T*	2008	654	2,8	1831		1831
...							
203	T*	2008	78,09	2,8	218		218
...							
203	T*	2008	1585	2,8	4438		4438
...							
203	T*	2008	577,8	2,8	2457		2457
...							
203	T*	2008	2119,3	2,8	5934		5934
...							
203	T*	2008	1683,89	2,8	4714		4714
...							
203	T*	2008	192	2,8	537		537
...							
203	T*	2008	3608	2,8	10102		10102
...							
203	T*	2008	147	2,8	411		411
...							
203	T*	2008	430	2,8	1204		1204
...							
203	T*	2008	717	2,8	2009		2009
...							
203	T*	2008	21	2,8	58		58
...							
203	T*	2008	192	2,8	537		537
...							
203	T*	2008	343	2,8	960		960
...							
203	T*	2008	2467	2,8	6907		6907
...							
203	T*	2008	2905	2,8	8134		8134
...							
203	T*	2008	434	2,8	1215		1215
...							
203	T*	2008	5540	2,8	15512		15512
...							
203	T*	2008	437	2,8	1223		1223
...							
203	T*	2008	2751	2,8	7702		7702
...							
203	T*	2008	2492	2,8	6977	- 260	6717
...							

203	T*	2008	3006	2,8	8416	8416
...						
203	T*	2008	28871	2,8	80838	- 70344 10494
...						
203	T*	2008	791	2,8	2214	2214
...						
203	T*	2008	1641	2,8	4594	4594
...						
203	T*	2008	140	2,8	392	392
...						
203	T*	2008	920	2,8	2576	2576
...						
203	T*	2008	945	2,8	2646	2646
...						
203	T*	2008	5407	2,8	15139	15139
...						
203	T*	2008	297	2,8	831	831
...						
203	T*	2008	24	2,8	67	67
...						
203	T*	2008	234	2,8	655	655
...						
203	T*	2008	969	2,8	2713	2713
...						
203	T*	2008	3650	2,8	10220	10220
...						
203	T*	2008	280	2,8	784	784
...						
203	T*	2008	287	2,8	803	803
...						
203	T*	2008	2422	2,8	6781	6781
...						
203	T*	2008	885	2,8	2478	1705
...						
203	T*	2008	154	2,8	431	431
...						
203	T*	2008	493	2,8	1380	1380
...						
203	T*	2008	976	2,8	2732	2732
...						
203	T*	2008	353	2,8	988	988
...						
203	T*	2008	122	2,8	341	341
...						
203	T*	2008	1071	2,8	2998	2998
...						
203	T*	2008	115	2,8	322	322
...						
203	T*	2008	1694	2,8	4743	4743
...						
203	T*	2008	3108	2,8	8702	8702
...						
203	T*	2008	602	2,8	1685	1685
...						
203	T*	2008	826	2,8	2312	2312
...						
203	T*	2008	1144	2,8	3203	3203
...						
203	T*	2008	3762	2,8	10533	10533
...						
203	T*	2008	49	2,8	137	137
...						
203	T*	2008	6384	2,8	17875	17875
...						
203	T*	2008	2250	2,8	6300	6300
...						

203	T*	2008	2754	2,8	7711	7711
...						
203	T*	2008	203	2,8	568	568
...						
203	T*	2008	45	2,8	126	126
...						
203	T*	2008	367	2,8	1027	1027
...						
203	T*	2008	2709	2,8	7585	7585
...						
203	T*	2008	210	2,8	588	588
...						
203	T*	2008	59	2,8	165	165
...						
203	T*	2008	371	2,8	1038	1038
...						
203	T*	2008	2198	2,8	6154	6154
...						
203	T*	2008	346	2,8	968	968
...						
203	T*	2008	5582	2,8	15629	15629
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 14 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von € 55.384,- zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe-steuer bereinigt
		2007- 2010				
216	W*	2008	28,75	2,9	83	83
...						
216	W*	2008	1459	2,9	4231	4231
...						
216	W*	2008	787	2,9	2282	2282
...						
216	W*	2008	2653	2,9	7693	7693
...						
216	W*	2008	927	2,9	2688	2688
...						
216	W*	2008	2422	2,9	7023	7023
...						
216	W*	2008	45	2,9	130	130
...						
216	W*	2008	1529	2,9	4434	4434
...						
216	W*	2008	1729	2,9	504	5014
...						
216	W*	2008	238	2,9	690	690
...						
216	W*	2008	1396	2,9	4048	4048
...						
216	W*	2008	3496	2,9	10138	10138
...						
216	W*	2008	18411	2,9	5338	5338
...						
216	W*	2008	549	2,9	1592	1592
...						

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2008 ein Schaden von € 414.806,-.

3. Veranlagungszeitraum 2009

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 16 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 27.411,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
	2007- 2010					
111 A*	2009	688,8	3,2	2204		2204
...						
111 A*	2009	871	3,2	2787		2787
...						
111 A*	2009	157	3,2	502		502
...						
111 A*	2009	889	3,2	2844		2844
...						
111 A*	2009	707	3,2	2262		2262
...						
111 A*	2009	542	3,2	1734		1734
...						
111 A*	2009	217	3,2	694		694
...						
111 A*	2009	1165	3,2	3728		3728
...						
111 A*	2009	392	3,2	1254		1254
...						
111 A*	2009	266	3,2	851		851
...						
111 A*	2009	7	3,2	22		22
...						
111 A*	2009	154	3,2	492		492
...						
111 A*	2009	203	3,2	649		649
...						
111 A*	2009	357	3,2	1142		1142
...						
111 A*	2009	1900	3,2	6080	- 1120	4960
...						
111 A*	2009	402	3,2	1286		1286
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 13 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbsteuer von insgesamt € 25.939,- zu erheben.

GKZ Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
	2007- 2010					
209 R*	2009	737,6	2,6	1917		1917
...						
209 R*	2009	213	2,6	553		553
...						
209 R*	2009	227	2,6	590		591
...						
209 R*	2009	3297	2,6	8572		8572
...						
209 R*	2009	777	2,6	2020		2020
...						
209 R*	2009	770	2,6	2002		2002
...						
209 R*	2009	1386	2,6	3603		3603
...						
209 R*	2009	108	2,6	280		280
...						
209 R*	2009	535	2,6	1391		1391
...						
209 R*	2009	91	2,6	236		236
...						
209 R*	2009	392	2,6	1019		1019
...						

209	R*	2009	21	2,6	54	54
...						
209	R*	2009	1424	2,6	3702	3702
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 70 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt € 276.989,-.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe- steuer bereinigt
		2007- 2010				
203	T*	2009	683,24	2,8	1913	1913
...						
203	T*	2009	922	2,8	2581	2581
...						
203	T*	2009	2698	2,8	7554	7554
...						
203	T*	2009	132,46	2,8	370	370
...						
203	T*	2009	443,85	2,8	1242	1242
...						
203	T*	2009	317,57	2,8	889	889
...						
203	T*	2009	437	2,8	1223	1223
...						
203	T*	2009	112	2,8	313	313
...						
203	T*	2009	276,75	2,8	774	774
...						
203	T*	2009	367	2,8	1027	1027
...						
203	T*	2009	812	2,8	2273	2273
...						
203	T*	2009	283	2,8	792	792
...						
203	T*	2009	1015	2,8	2842	2842
...						
203	T*	2009	791	2,8	2214	2214
...						
203	T*	2009	185	2,8	518	518
...						
203	T*	2009	1526	2,8	4272	4272
...						
203	T*	2009	654	2,8	1831	1831
...						
203	T*	2009	931	2,8	2606	2606
...						
203	T*	2009	8407	2,8	23539	23539
...						
203	T*	2009	854	2,8	2391	2391
...						
203	T*	2009	154	2,8	431	431
...						
203	T*	2009	18319	2,8	51293	51293
...						
203	T*	2009	206	2,8	576	576
...						
203	T*	2009	885	2,8	2478	2478
...						
203	T*	2009	542	2,8	1517	1517
...						
203	T*	2009	227	2,8	635	635
...						
203	T*	2009	518	2,8	1450	1450
...						

203	T*	2009	1449	2,8	4057	4057
...						
203	T*	2009	280	2,8	784	784
...						
203	T*	2009	2488	2,8	6966	6966
...						
203	T*	2009	591	2,8	1654	1654
...						
203	T*	2009	2016	2,8	5644	5644
...						
203	T*	2009	3010	2,8	8428	8428
...						
203	T*	2009	850	2,8	2380	2380
...						
203	T*	2009	1837	2,8	5143	5143
...						
203	T*	2009	843	2,8	2360	2360
...						
203	T*	2009	903	2,8	2528	2528
...						
203	T*	2009	2100	2,8	5880	5880
...						
203	T*	2009	38	2,8	106	106
...						
203	T*	2009	392	2,8	1097	1097
...						
203	T*	2009	584	2,8	1635	1635
...						
203	T*	2009	2740	2,8	7672	7672
...						
203	T*	2009	1071	2,8	2998	2998
...						
203	T*	2009	413	2,8	1156	1156
...						
203	T*	2009	371	2,8	1038	1038
...						
203	T*	2009	1428	2,8	3998	3998
...						
203	T*	2009	143	2,8	400	400
...						
203	T*	2009	297	2,8	831	831
...						
203	T*	2009	969	2,8	2713	2713
...						
203	T*	2009	1004	2,8	2811	2811
...						
203	T*	2009	1050	2,8	2940	2940
...						
203	T*	2009	10	2,8	28	28
...						
203	T*	2009	8326	2,8	23312	23312
...						
203	T*	2009	826	2,8	2312	2312
...						
203	T*	2009	231	2,8	646	646
...						
203	T*	2009	80	2,8	224	224
...						
203	T*	2009	1431	2,8	4006	4006
...						
203	T*	2009	262	2,8	733	733
...						
203	T*	2009	5474	2,8	15327	15327
...						
203	T*	2009	1239	2,8	3469	3469
...						

203	T*	2009	31	2,8	86	86
...						
203	T*	2009	395	2,8	1106	1106
...						
203	T*	2009	217	2,8	607	607
...						
203	T*	2009	120	2,8	3360	3360
...						
203	T*	2009	591	2,8	1654	1654
...						
203	T*	2009	308	2,8	862	862
...						
203	T*	2009	787	2,8	2203	2203
...						
203	T*	2009	84	2,8	235	235
...						
203	T*	2009	2278	2,8	6378	- 3807 2571
...						
203	T*	2009	7052	2,8	19745	19745
...						

Der Angeklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 19 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von € 62.789,- zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz Gewerbe-steuer bereinigt
		2007- 2010				
216	W*	2009	36,12	2,9	104	104
...						
216	W*	2009	868	2,9	2517	2517
...						
216	W*	2009	420	2,9	1218	1218
...						
216	W*	2009	147	2,9	426	426
...						
216	W*	2009	1242	2,9	3601	3601
...						
216	W*	2009	675	2,9	1957	1957
...						
216	W*	2009	549	2,9	1592	1592
...						
216	W*	2009	1585	2,9	4596	4596
...						
216	W*	2009	525	2,9	1522	1522
...						
216	W*	2009	759	2,9	2201	2201
...						
216	W*	2009	1704	2,9	4941	4941
...						
216	W*	2009	399	2,9	1157	1157
...						
216	W*	2009	73	2,9	211	211
...						
216	W*	2009	3846	2,9	11153	11153
...						
216	W*	2009	14	2,9	40	40
...						
216	W*	2009	4273	2,9	12391	12391
...						
216	W*	2009	4105	2,9	11904	11904
...						
216	W*	2009	28	2,9	81	81
...						
216	W*	2009	406	2,9	1177	1177
...						

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2009 ein Schaden von € 393.128,-.

Bei dem Angeklagten bestand ab 2005 eine rezidivierende depressive Störung mit mittelgradigen Episoden (ICD10 F33.1) sowie ein Burnout (ICD10 Z73.0). Aufgrund der Erkrankung war der Angeklagte bei erhaltener Einsichtsfähigkeit in seiner Steuerungsfähigkeit erheblich vermindert, aber nicht aufgehoben.“

17

2. Darüber hinaus legt der Kläger dem Beklagten mit der Disziplinarklage vom 10. Mai 2019 Folgendes zur Last:

„2. Weiterhin unterließ der Beklagte pflichtwidrig die Erhebung von Gewerbesteuern bereits in den Steuerjahren 2001 bis 2006 in Höhe von weiteren insgesamt 1.174.376 €, so dass der Verwaltungsgemeinschaft T* ..., ihren Mitgliedsgemeinden sowie allen am System des kommunalen Finanzausgleichs beteiligten juristischen Personen und Körperschaften des öffentlichen Rechts jeweils ein Schaden durch Steuermindereinnahmen entstand.

So unterließ es der Beklagte im Zeitraum 01.01.2002 - 31.12.2007 in insgesamt 6 weiteren Fällen, die Gewerbesteuer zum spätesten relevanten Festsetzungszeitpunkt 31.12.2005 (Steuerjahr 2001), 31.12.2006 (Steuerjahr 2002), 31.12.2007 (Steuerjahr 2003), 31.12.2008 (Steuerjahr 2004), 31.12.2009 (Steuerjahr 2005) und 31.12.2010 (Steuerjahr 2006) des jeweiligen Steuerjahres durch Bescheid zu erheben, so dass für die vorgenannten Erhebungszeiträume jeweils die Festsetzungsverjährung eintrat und eine Nachforderung durch die VG T* ... nicht mehr möglich war.

Hierdurch entstand der VG T* ... infolge ausgefallenen Gewerbesteueraufkommens ein weiterer Schaden in Höhe von insgesamt 1.174.376 €. Die Entstehung dieses Schadens hielt der Beklagte für möglich und nahm diesen zumindest billigend in Kauf.

Im Einzelnen entstanden für die Jahre 2001 - 2006 folgende Schäden:

Veranlagungszeitraum 2001

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 2 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 2.664 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag umgerechnet in €)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
111	A*	2001	756	18.05.2004	3,2	2.419		2.419
...	...	...	...	...	...	...	...	...
111	A*	2001	77		3,2	245		245
...	...	...	...	...	...	...	...	...

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 14.417 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag umgerechnet in €)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
203	T*	2001	521	21.07.2004	2,8	1.458		1.458
...	...	...	...	...	...	...	...	...
203	T*	2001	210	15.12.2003	2,8	589		589
...	...	...	...	...	...	...	...	...
203	T*	2001	4.399	...	2,8	12.320		12.320
...	...	...	...	...	...	...	...	...
203	T*	2001	24	17.07.2003	2,8	68		68
...	...	...	...	...	...	...	...	...

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 1 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 198 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag umgerechnet in €)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
-----	-----	------	--	-----------------------------	----------	---------------	-----------	-------------------------

216	W*	2001	68	28.04.2004	2,9	198		198
	...							

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2001 ein Schaden von 17.279 €.

Veranlagungszeitraum 2002

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 2.255 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
111	A*	2002	50	07.05.2004	3,2	160		160
	...							
111	A*	2002	396	26.01.2004	3,2	1.267		1.267
	...							
111	A*	2002	180	18.05.2004	3,2	576		576
	...							
111	A*	2002	79	...	3,2	252		252
	...							

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 3 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 649 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
209	R*	2002	71	07.05.2004	2,6	184		184
	...							
209	R*	2002	69	13.02.2004	2,6	179		179
	...							
209	R*	2002	110	31.08.2004	2,6	286		286
	...							

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 26 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 58.057 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
203	T*	2002	1.090	16.12.2003	2,8	3.052		3.052
	...							
203	T*	2002	405	04.02.2004	2,8	1.134		1.134
	...							
203	T*	2002	504	23.08.2004	2,8	1.411		1.411
	...							
203	T*	2002	1.405	18.10.2004	2,8	3.934		3.934
	...							
203	T*	2002	16	27.11.2003	2,8	44		44
	...							
203	T*	2002	522	15.07.2004	2,8	1.461		1.461
	...							
203	T*	2002	700	09.01.2004	2,8	1.960		1.960
	...							
203	T*	2002	100	28.11.2003	2,8	280		280
	...							
203	T*	2002	900	17.09.2004	2,8	2.520		2.520
	...							
203	T*	2002	18	12.05.2004	2,8	50		50
	...							
203	T*	2002	192	28.01.2004	2,8	537		537
	...							
203	T*	2002	105	25.06.2004	2,8	294		294
	...							

203	T*	2002	71	13.01.2004	2,8	198		198
203	T*	2002	4.915	22.11.2004	2,8	13.762		13.762
203	T*	2002	117	21.10.2003	2,8	327		327
203	T*	2002	256	27.04.2004	2,8	716		716
203	T*	2002	184	08.11.2004	2,8	515		515
203	T*	2002	86	25.03.2004	2,8	240		240
203	T*	2002	93	27.10.2004	2,8	260		260
203	T*	2002	254	27.10.2003	2,8	711		711
203	T*	2002	513	04.02.2004	2,8	1.436		1.436
203	T*	2002	6.570	...	2,8	18.396		18.396
203	T*	2002	11	08.04.2003	2,8	30		30
203	T*	2002	110	14.11.2003	2,8	308		308
203	T*	2002	750	19.09.2003	2,8	2.100		2.100
203	T*	2002	850	11.05.2004	2,8	2.381		2.381

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 1.382 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
216	W*	2002	236	...	2,9	684		684
216	W*	2002	115	29.06.2004	2,9	333		333
216	W*	2002	30	09.06.2004	2,9	87		87
216	W*	2002	96	30.08.2004	2,9	278		278

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2002 ein Schaden von 62.343 €.

Veranlagungszeitraum 2003

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 3.050 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbesteuer	Differenz	Gewerbesteuer bereinigt
111	A*	2003	167	...	3,2	534		534
111	A*	2003	531	...	3,2	1.699		1.699
111	A*	2003	160	...	3,2	512		512
111	A*	2003	95,54	...	3,2	305		305

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 3 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 1.126 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbe- steuer bereinigt
209	R* ...	2003	67	...	2,6	174		174
209	R* ...	2003	132	...	2,6	344		344
209	R* ...	2003	234	...	2,6	608		608

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 45 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 227.971 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbe- steuer bereinigt
203	T* ...	2003	7.775	...	2,8	21.770		21.770
203	T* ...	2003	35	25.06.2004	2,8	98		98
203	T* ...	2003	70	...	2,8	198		198
203	T* ...	2003	258	...	2,8	722		722
203	T* ...	2003	10	...	2,8	28		28
203	T* ...	2003	264	...	2,8	739		739
203	T* ...	2003	651	11.10.2004	2,8	1.822		1.822
203	T* ...	2003	4	...	2,8	11		11
203	T* ...	2003	912	...	2,8	2.553		2.553
203	T* ...	2003	90	...	2,8	252		252
203	T* ...	2003	2.320	...	2,8	6.496		6.496
203	T* ...	2003	3.755	17.08.2004	2,8	10.514	5.916	4.598
203	T* ...	2003	38	17.09.2004	2,8	106		106
203	T* ...	2003	2	01.12.2004	2,8	5		5
203	T* ...	2003	892	...	2,8	2.497		2.497
203	T* ...	2003	244	03.12.2004	2,8	683		683
203	T* ...	2003	2.450	...	2,8	6.860		6.860
203	T* ...	2003	23.110	...	2,8	64.708		64.708
203	T* ...	2003	96	...	2,8	268		268
203	T* ...	2003	168	...	2,8	470		470
203	T* ...	2003	6.215	...	2,8	17.402		17.402
203	T* ...	2003	468	...	2,8	1.310		1.310
203	T* ...	2003	186	...	2,8	520		520
203	T* ...	2003	227	...	2,8	637		637
203	T* ...	2003	399	01.12.2004	2,8	1.117		1.117

203	T*	2003	94	...	2,8	265		265
203	T*	2003	130	29.11.2004	2,8	364		364
203	T*	2003	178	...	2,8	498		498
203	T*	2003	84	...	2,8	235		235
203	T*	2003	1.024	08.11.2004	2,8	2.867		2.867
203	T*	2003	120	...	2,8	336		336
203	T*	2003	21.256	...	2,8	59.517		59.517
203	T*	2003	175	14.12.2004	2,8	490		490
203	T*	2003	4.255	...	2,8	11.914		11.914
203	T*	2003	62	27.05.2004	2,8	173		173
203	T*	2003	33	...	2,8	94		94
203	T*	2003	115	17.08.2004	2,8	322		322
203	T*	2003	1.515	02.08.2004	2,8	4.242		4.242
203	T*	2003	136	...	2,8	380		380
203	T*	2003	3.205	16.12.2004	2,8	8.974		8.974
203	T*	2003	130	29.11.2004	2,8	364		364
203	T*	2003	30	...	2,8	84		84
203	T*	2003	250	06.12.2004	2,8	700	448	252
203	T*	2003	119	07.12.2004	2,8	333		333
203	T*	2003	142	07.10.2004	2,8	397		397

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 6 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 3.949 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Datum Messbescheid vor 2005	Hebesatz	Gewerbe- steuer	Differenz	Gewerbe- steuer bereinigt
216	W*	2003	732	...	2,9	2.122		2.122
216	W*	2003	11	28.07.2004	2,9	31		31
216	W*	2003	113	19.08.2004	2,9	327		327
216	W*	2003	61	...	2,9	176		176
216	W*	2003	118	...	2,9	342		342
216	W*	2003	328	...	2,9	951		951

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2003 ein Schaden von 236.096 €.

Veranlagungszeitraum 2004

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 5 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 5.411 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
111	A* ...	2004	90	3,2	288		288
111	A* ...	2004	672	3,2	2.150		2.150
111	A* ...	2004	111	3,2	355		355
111	A* ...	2004	698	3,2	2.234		2.234
111	A* ...	2004	120	3,2	384		384

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 1.129 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
209	R* ...	2004	82	2,6	213		213
209	R* ...	2004	114	2,6	269		269
209	R* ...	2004	107	2,6	278		278
209	R* ...	2004	142	2,6	369		369

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 50 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 253.454 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
203	T* ...	2004	8.565	2,8	23.982		23.982
203	T* ...	2004	1.125	2,8	3.150		3.150
203	T* ...	2004	63	2,8	177		177
203	T* ...	2004	230	2,8	644		644
203	T* ...	2004	32	2,8	89		89
203	T* ...	2004	375	2,8	1.050		1.050
203	T* ...	2004	220	2,8	616		616
203	T* ...	2004	804	2,8	2.251		2.251
203	T* ...	2004	1.245	2,8	3.486		3.486
203	T* ...	2004	1.671	2,8	4.680		4.680
203	T* ...	2004	1.480	2,8	4.144		4.144
203	T* ...	2004	2.020	2,8	5.656	5.916	- 260
203	T* ...	2004	109	2,8	305		305
203	T* ...	2004	528	2,8	1.480		1.480
203	T* ...	2004	1.088	2,8	3.046		3.046
203	T* ...	2004	144	2,8	403		403
203	T* ...	2004	1.460	2,8	4.088		4.088
203	T* ...	2004	216	2,8	604		604
203	T* ...	2004	468	2,8	1.310		1.310
203	T* ...	2004	24.110	2,8	67.508		67.508
203	T* ...	2004	620	2,8	1.736		1.736
203	T* ...	2004	5.760	2,8	16.128		16.128
203	T* ...	2004	49	2,8	137		137
203	T* ...	2004	5.130	2,8	14.364		14.364
203	T* ...	2004	83	2,8	232		232
203	T* ...	2004	1.024	2,8	2.867		2.867
203	T* ...	2004	68	2,8	190		190
203	T* ...	2004	211	2,8	593		593
203	T* ...	2004	510	2,8	1.428		1.428
203	T* ...	2004	71	2,8	198		198
203	T* ...	2004	369	2,8	1.033		1.033
203	T* ...	2004	178	2,8	498		498
203	T* ...	2004	89	2,8	249		249
203	T* ...	2004	256	2,8	716		716
203	T* ...	2004	126	2,8	352		352
203	T* ...	2004	31	2,8	86		86
203	T* ...	2004	26.195	2,8	73.346		73.346
203	T* ...	2004	105	2,8	294		294
203	T* ...	2004	760	2,8	2.128		2.128
203	T* ...	2004	136	2,8	380		380

203	T* ...	2004	135	2,8	380		380
203	T* ...	2004	224	2,8	627		627
203	T* ...	2004	855	2,8	2.394		2.394
203	T* ...	2004	1.725	2,8	4.830		4.830
203	T* ...	2004	1.052	2,8	2.945		2.945
203	T* ...	2004	226	2,8	632		632
203	T* ...	2004	88	2,8	246		246
203	T* ...	2004	415	2,8	1.162		1.162
203	T* ...	2004	142	2,8	399		399
203	T* ...	2004	47	2,8	131		131

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 9 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 18.119 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
216	W* ...	2004	29	2,9	84		84
216	W* ...	2004	498	2,9	1.444		1.444
216	W* ...	2004	1.595	2,9	4.625		4.625
216	W* ...	2004	2.380	2,9	6.902		6.902
216	W* ...	2004	1.148	2,9	3.329		3.329
216	W* ...	2004	67	2,9	194		194
216	W* ...	2004	146	2,9	423		423
216	W* ...	2004	232	2,9	672		672
216	W* ...	2004	154	2,9	446		446

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2004 ein Schaden von 278.113 €.

Veranlagungszeitraum 2005

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 11 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 10.204 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
111	A* ...	2005	200	3,2	640		640
111	A* ...	2005	55	3,2	176		176
111	A* ...	2005	12	3,2	38		38
111	A* ...	2005	119	3,2	380		380
111	A* ...	2005	1.080	3,2	3.456		3.456
111	A* ...	2005	1.191	3,2	3.811		3.811
111	A* ...	2005	83	3,2	65		265
111	A* ...	2005	11	3,2	35		35
111	A* ...	2005	289	3,2	924		924
111	A* ...	2005	114	3,2	364		364
111	A* ...	2005	36	3,2	115		115

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 2.104 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
209	R* ...	2005	372	2,6	967		967
209	R* ...	2005	194	2,6	504		504
209	R* ...	2005	133	2,6	345		345
209	R* ...	2005	111	2,6	288		288

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 65 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 215.644 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
203	T* ...	2005	8.355	2,8	23.394		23.394
203	T* ...	2005	2.165	2,8	6.063		6.063
203	T* ...	2005	3.780	2,8	10.584		10.584
203	T* ...	2005	34	2,8	97		97
203	T* ...	2005	16	2,8	44		44

203	T* ...	2005	1.075	2,8	3.010		3.010
203	T* ...	2005	1.895	2,8	5.306		5.306
203	T* ...	2005	70	2,8	196		196
203	T* ...	2005	549	2,8	1.537		1.537
203	T* ...	2005	55	2,8	154		154
203	T* ...	2005	106	2,8	296		296
203	T* ...	2005	1.300	2,8	3.640		3.640
203	T* ...	2005	876	2,8	2.454		2.454
203	T* ...	2005	1.605	2,8	4.494		4.494
203	T* ...	2005	380	2,8	1.064		1.064
203	T* ...	2005	5.530	2,8	15.484	5.916	9.568
203	T* ...	2005	61	2,8	170		170
203	T* ...	2005	354	2,8	991		991
203	T* ...	2005	29	2,8	81		81
203	T* ...	2005	203	2,8	570		570
203	T* ...	2005	80	2,8	224		224
203	T* ...	2005	2.025	2,8	5.670		5.670
203	T* ...	2005	107	2,8	299		299
203	T* ...	2005	7.675	2,8	21.490		21.490
203	T* ...	2005	86	2,8	240		240
203	T* ...	2005	2.270	2,8	6.356		6.356
203	T* ...	2005	1.635	2,8	4.578		4.578
203	T* ...	2005	8.925	2,8	24.990		24.990
203	T* ...	2005	10	2,8	28		28
203	T* ...	2005	3.965	2,8	11.102		11.102
203	T* ...	2005	110	2,8	308		308
203	T* ...	2005	84	2,8	235		235
203	T* ...	2005	272	2,8	761		761
203	T* ...	2005	253	2,8	709		709
203	T* ...	2005	836	2,8	2.340		2.340
203	T* ...	2005	63	2,8	176		176
203	T* ...	2005	334	2,8	935		935
203	T* ...	2005	198	2,8	554		554
203	T* ...	2005	100	2,8	280		280
203	T* ...	2005	76	2,8	212		212
203	T* ...	2005	166	2,8	464		464
203	T* ...	2005	1.345	2,8	3.766		3.766
203	T* ...	2005	84	2,8	235		235
203	T* ...	2005	48	2,8	134		134
203	T* ...	2005	95	2,8	266		266
203	T* ...	2005	315	2,8	882		882
203	T* ...	2005	8.190	2,8	22.932		22.932
203	T* ...	2005	640	2,8	1.792		1.792
203	T* ...	2005	234	2,8	655		655
203	T* ...	2005	208	2,8	584		584
203	T* ...	2005	12	2,8	33		33
203	T* ...	2005	740	2,8	2.072		2.072
203	T* ...	2005	2.475	2,8	6.930		6.930
203	T* ...	2005	1.690	2,8	4.732		4.732
203	T* ...	2005	800	2,8	2.240	260	1.980
203	T* ...	2005	594	2,8	1.663		1.663
203	T* ...	2005	144	2,8	403		403
203	T* ...	2005	405	2,8	1.134		1.134
203	T* ...	2005	81	2,8	226		226
203	T* ...	2005	176	2,8	492		492
203	T* ...	2005	2.580	2,8	7.224		7.224
203	T* ...	2005	802	2,8	2.246		2.246
203	T* ...	2005	190	2,8	532		532
203	T* ...	2005	348	2,8	974		974
203	T* ...	2005	322	2,8	901	2.808	- 1.907

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 14 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 70.470 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
216	W* ...	2005	190	2,9	551		551
216	W* ...	2005	522	2,9	1.513		1.513
216	W* ...	2005	304	2,9	881		881
216	W* ...	2005	27	2,9	80		80
216	W* ...	2005	1.940	2,9	5.626		5.626
216	W* ...	2005	11.145	2,9	32.320		32.320
216	W* ...	2005	6.230	2,9	18.067		18.067
216	W* ...	2005	1.570	2,9	4.553		4.553
216	W* ...	2005	88	2,9	255		255
216	W* ...	2005	76	2,9	220		220
216	W* ...	2005	168	2,9	487		487
216	W* ...	2005	441	2,9	1.278		1.278
216	W* ...	2005	535	2,9	1.844		1.844
216	W* ...	2005	964	2,9	2.795		2.795

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2005 ein Schaden von 289.422 €.

Veranlagungszeitraum 2006

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde A* ... gegenüber 13 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 22.660 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
111	A* ...	2006	156	3,2	499		499
111	A* ...	2006	190	3,2	608		608
111	A* ...	2006	93	3,2	297		297
111	A* ...	2006	796	3,2	2.547		2.547
111	A* ...	2006	15	3,2	48		48
111	A* ...	2006	186	3,2	595		595
111	A* ...	2006	3.970	3,2	12.704		12.704
111	A* ...	2006	645	3,2	2.065		2.065
111	A* ...	2006	154	3,2	492		492
111	A* ...	2006	87	3,2	278		278
111	A* ...	2006	690	3,2	2.208		2.208
111	A* ...	2006	87	3,2	278		278
111	A* ...	2006	13	3,2	41		41

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde R* ... gegenüber 4 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 2.901 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
209	R* ...	2006	4	2,6	10		10
209	R* ...	2006	139	2,6	361		361
209	R* ...	2006	218	2,6	566		566
209	R* ...	2006	444	2,6	1.154		1.154

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde T* ... gegenüber 65 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 191.022 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
203	T* ...	2006	6.800	2,8	19.040		19.040
203	T* ...	2006	3.170	2,8	8.876		8.876
203	T* ...	2006	26	2,8	72		72
203	T* ...	2006	6.575	2,8	18.410		18.410
203	T* ...	2006	146	2,8	408		408
203	T* ...	2006	4	2,8	11		11
203	T* ...	2006	876	2,8	2.452		2.452
203	T* ...	2006	525	2,8	1.470		1.470
203	T* ...	2006	5	2,8	14		14

203	T* ...	2006	42	2,8	117		117
203	T* ...	2006	3.600	2,8	10.080		10.080
203	T* ...	2006	1.376	2,8	3.855		3.855
203	T* ...	2006	1.160	2,8	3.248		3.248
203	T* ...	2006	390	2,8	1.092		1.092
203	T* ...	2006	1.330	2,8	3.724		3.724
203	T* ...	2006	7.650	2,8	21.420	5.916	15.504
203	T* ...	2006	100	2,8	280		280
203	T* ...	2006	180	2,8	504		504
203	T* ...	2006	54	2,8	151		151
203	T* ...	2006	79	2,8	221		221
203	T* ...	2006	50	2,8	140		140
203	T* ...	2006	344	2,8	963		963
203	T* ...	2006	7.700	2,8	21.560		21.560
203	T* ...	2006	113	2,8	316		316
203	T* ...	2006	1.855	2,8	5.194		5.194
203	T* ...	2006	92	2,8	257		257
203	T* ...	2006	42	2,8	117		117
203	T* ...	2006	4.000	2,8	11.200		11.200
203	T* ...	2006	91	2,8	254		254
203	T* ...	2006	462	2,8	1.293		1.293
203	T* ...	2006	555	2,8	1.554		1.554
203	T* ...	2006	601	2,8	1.685		1.685
203	T* ...	2006	1.140	2,8	3.192		3.192
203	T* ...	2006	101	2,8	282		282
203	T* ...	2006	38	2,8	106		106
203	T* ...	2006	844	2,8	2.363		2.363
203	T* ...	2006	25	2,8	70		70
203	T* ...	2006	103	2,8	288		288
203	T* ...	2006	1.024	2,8	2.867		2.867
203	T* ...	2006	144	2,8	403		403
203	T* ...	2006	71	2,8	198		198
203	T* ...	2006	10	2,8	28		28
203	T* ...	2006	384	2,8	1.075		1.075
203	T* ...	2006	2.040	2,8	5.712		5.712
203	T* ...	2006	91	2,8	254		254
203	T* ...	2006	380	2,8	1.064		1.064
203	T* ...	2006	2.120	2,8	5.936		5.936
203	T* ...	2006	1.675	2,8	4.690		4.690
203	T* ...	2006	190	2,8	532		532
203	T* ...	2006	116	2,8	324		324
203	T* ...	2006	63	2,8	176		176
203	T* ...	2006	198	2,8	556		556
203	T* ...	2006	180	2,8	504		504
203	T* ...	2006	1.240	2,8	3.472		3.472
203	T* ...	2006	603	2,8	1.688	260	1.428
203	T* ...	2006	32	2,8	89		89
203	T* ...	2006	13	2,8	36		36
203	T* ...	2006	266	2,8	744		744
203	T* ...	2006	2.370	2,8	6.636		6.636
203	T* ...	2006	381	2,8	1.066		1.066
203	T* ...	2006	57	2,8	160		160
203	T* ...	2006	1.080	2,8	3.024		3.024
203	T* ...	2006	345	2,8	967		967
203	T* ...	2006	1.780	2,8	4.984		4.984
203	T* ...	2006	1.355	2,8	3.794		3.794

Der Beklagte unterließ es in der Gemeinde W* ... gegenüber 18 Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer von insgesamt 74.540 € zu erheben.

GKZ	Ort	Jahr	Steuermesszahl (Betrag)	Hebesatz	Gewerbe-steuer	Differenz	Gewerbe-steuer bereinigt
216	W* ...	2006	270	2,9	783		783

216	W* ...	2006	1.028	2,9	2.981	2.981
216	W* ...	2006	182	2,9	527	527
216	W* ...	2006	429	2,9	1.244	1.244
216	W* ...	2006	3.255	2,9	9.439	9.439
216	W* ...	2006	63	2,9	182	182
216	W* ...	2006	39	2,9	115	115
216	W* ...	2006	44	2,9	129	129
216	W* ...	2006	9.075	2,9	26.317	26.317
216	W* ...	2006	2.670	2,9	7.743	7.743
216	W* ...	2006	6.030	2,9	17.487	17.487
216	W* ...	2006	78	2,9	226	226
216	W* ...	2006	232	2,9	672	672
216	W* ...	2006	348	2,9	1.009	1.009
216	W* ...	2006	690	2,9	2.001	2.001
216	W* ...	2006	516	2,9	1.496	1.496
216	W* ...	2006	645	2,9	1.870	1.870
216	W* ...	2006	110	2,9	319	319

Insgesamt entstand der Verwaltungsgemeinschaft T* ... im Veranlagungszeitraum 2006 ein Schaden von 291.123 €.

18

3. Weiterhin täuschte der Beklagte seine Vorgesetzten (den Kämmerer der Verwaltungsgemeinschaft, Herrn H* ..., und den Gemeinschaftsvorsitzenden, Herrn S* ...) in Gesprächen im Oktober, November und Dezember 2014 über das Ausmaß der nicht durchgeführten Arbeiten und machte wahrheitswidrige Angaben über drohende Festsetzungsverjährungen.

19

4. Daneben nahm der Beklagte die Gewerbesteueranmeldungen für die Jahre 2010 bis 2014 mit einer deutlich überhöhten Bearbeitungsdauer vor. Gegenüber einer vertretbaren durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von bis zu vier Monaten lag bei 74 von 182 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband überprüften Veranlagungen die Bearbeitungszeit zwischen fünf und 46 Monaten.“

20

III. 1. Der dem Beklagten zur Last gelegte Sachverhalt steht hinsichtlich der Vorwürfe unter II.1. aufgrund der tatsächlichen Feststellungen im Strafurteil mit Bindungswirkung für das Disziplinarverfahren gemäß Art. 25 Abs. 1 BayDG - mit Ausnahme bzgl. der Feststellung zu § 21 StGB - fest.

21

2. Die Vorwürfe unter II.2 ergeben sich aus den vorgelegten Akten. Die Höhe der Beträge im Einzelnen berechnet sich aus der vom Bayerischen Landesamt für Steuern erstellten Aufstellung der Gewerbesteuerermessbetragsfestsetzungen der der Verwaltungsgemeinschaft zugehörigen Gemeinden in Verbindung mit den von der Verwaltungsgemeinschaft T* ... für die einzelnen Gemeinden und Jahre mitgeteilten Hebesätze. Soweit beklagtenseits die Schadenberechnung zunächst hinsichtlich ihrer Nachvollziehbarkeit und Substanziertheit bestritten wurde, haben dies die Bevollmächtigten des Beklagten nach der näheren Erläuterung im Erörterungstermin und insbesondere im Schreiben der Landesadvokatur Bayern vom 18. März 2022 nicht aufrechterhalten. Auch das Gericht hat keine Anhaltspunkte für Zweifel an der Schadensaufstellung.

22

3. Hinsichtlich des Vorwurfs wahrheitswidriger Angaben des Beklagten seinem Dienstvorgesetzten gegenüber ergibt sich der Vorwurf aus den vorgelegten Akten, insbesondere den handschriftlichen Notizen über die im fraglichen Zeitraum getätigten Gespräche. Dabei ließ der Beklagte seine Dienstvorgesetzten insbesondere trotz Nachfragen im Unklaren über die tatsächlichen Rückstände in der Bearbeitung der Gewerbesteuerangelegenheiten. So versprach er am 8. Oktober 2014, bis Jahresende „alles auf der Reihe zu haben“ und verneinte am 6. November 2014 Fälle mit Festsetzungsverjährung.

23

4. Auch der unter II.4. zur Last gelegte Sachverhalt steht nach den vorgelegten Akten fest. In der mündlichen Verhandlung hat der Kämmerer der VG T* ... dargelegt, dass es zwar keine genauen zeitlichen

Vorgaben für die Bearbeitung der Gewerbesteuererhebung gegeben habe, aus den Anforderungen des Kommunalen Prüfungsverbands erhebe sich hingegen die Erwartung einer Erledigung in wenigen Monaten.

24

IV. Der Beklagte hat durch das ihm zur Last gelegte Verhalten ein innerdienstliches Dienstvergehen gemäß § 47 Abs. 1 Satz 1 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) begangen.

25

Durch die Nichterhebung der dem Beklagten zur Bearbeitung im Steueramt der VG T* ... obliegenden Gewerbesteuer verstieß der Beklagte gegen die Dienstpflicht zur Beachtung der Gesetze nach § 33 Abs. 1 Satz 3 BeamStG i.V.m. §§ 266 Abs. 1, Abs. 2, 263 Abs. 3 Satz 1, Satz 2 Nr. 2 StGB sowie gegen seine Pflicht, sich mit vollem persönlichem Einsatz seinem Beruf zu widmen und die übertragenen Aufgaben nach bestem Gewissen wahrzunehmen (§ 34 Satz 1 und 2 BeamStG).

26

Durch das unter III. 3. zur Last gelegte Verhalten hat der Beklagte zudem innerdienstlich gegen die Pflicht nach Art. 35 Satz 1 BeamStG, seine Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen sowie gegen die Wahrheitspflicht gegenüber Vorgesetzten verstoßen. Der unter III. 4. erhobene Vorwurf der verzögerten Bearbeitung stellte einen Verstoß gegen die Pflicht, sich mit vollem persönlichem Einsatz seinem Beruf zu widmen und die übertragenen Aufgaben nach bestem Gewissen wahrzunehmen (§ 34 Satz 1 und 2 BeamStG), dar.

27

Der Beklagte handelte dabei schuldhaft und ohne Rechtsfertigungs- und Schuldausschließungsgründe. Insoweit hat das Strafgericht - mit Bindungswirkung gemäß Art. 25 Abs. 1 BayDG - festgestellt, dass der Beklagte bei Tatbegehung nicht gemäß § 20 StGB schuldunfähig war. Die Frage der - vom Strafgericht bejahten - verminderten Schuldfähigkeit i.S.v. § 21 StGB ist im Rahmen der Disziplinarbemessung zu berücksichtigen.

28

V. Im Rahmen der Maßnahmebemessung nach Art. 14 Abs. 1 BayDG ist vorliegend aufgrund gewichtiger Milderungsaspekte trotz schwerem Dienstvergehen bei Berücksichtigung aller be- und entlastenden Umstände des Einzelfalls noch nicht von einem vollständigen Vertrauensverlust auszugehen und somit nicht die Höchstmaßnahme der Aberkennung des Ruhegehalts einschlägig, aber eine Kürzung des Ruhegehalts nach Art. 12 BayDG.

29

1. Ausgangspunkt der Maßnahmebemessung ist die Schwere des Dienstvergehens, das vorliegend als schwer einzustufen ist.

30

Für die Schwere des Dienstvergehens können die objektive Handlung (insbesondere Eigenart und Bedeutung der Dienstpflichtverletzung sowie besondere Umstände der Tatbegehung, wie etwa Häufigkeit und Dauer eines wiederholten Fehlverhaltens), subjektive Handlungsmerkmale (insbesondere Form und Gewicht der Schuld des Beamten, Beweggründe für sein Verhalten) sowie unmittelbare Folgen des Dienstvergehens für den dienstlichen Bereich und Dritte, zum Beispiel der materielle Schaden bestimmend sein (vgl. VGH Mannheim, U.v. 18.3.2014 - DB 13 S 2343/13 - beck-online m.w.N.). Die gegen einen Beamten ausgesprochene Disziplinarmaßnahme muss unter Berücksichtigung aller belastenden und entlastenden Umstände des Einzelfalls in einem gerechten Verhältnis zur Schwere des Dienstvergehens und zum Verschulden des Beamten stehen.

31

a) Vorliegend ist bereits durch den hohen Strafrahmen der Untreue in der vorliegenden Konstellation bis zu 10 Jahre Freiheitsstrafe der Orientierungsrahmen bis zur Höchstmaßnahme eröffnet (vgl. BVerwG, B.v. 5.7.2016 - 2 B 24.16 - juris Rn. 14; BVerwG, U.v. 10.12.2015 - 2 C 6/14 - juris Rn. 20). Auf die Ausführungen in der Disziplinklage zur Bedeutung des Strafrahmens wird ergänzend Bezug genommen.

32

Zwar kommt dem ausgeurteilten Strafmaß bei innerdienstlichen Dienstvergehen keine indizielle oder präjudizielle Bedeutung für die Bestimmung der konkreten Disziplinarmaßnahme zu (vgl. BVerwG, B.v.

5.7.2016 - 2 B 24/16 - juris Rn. 15f.), kann aber bei der Bemessung der Schwere des Dienstvergehens durchaus als einzelner Aspekt herangezogen werden. Der Klägervertreter hat insoweit zutreffend darauf hingewiesen, dass die Strafzumessung von 11 Monaten Freiheitsstrafe sich nahe der gesetzlichen Schwelle des § 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BeamStG mit Verlust der Beamtenrechte bewegt, das Strafverfahren aber gerade nicht den gesamten im Disziplinarverfahren gegenständlichen Zeitraum betraf.

33

b) Bei der gebotenen Betrachtung der be- und entlastenden Umstände des Einzelfalls fallen vorliegend die lange Dauer und der Umfang des dienstpflichtwidrigen Verhaltens, die enorme Schadenshöhe im Millionen-Bereich und das Versagen des Beamten im Kernbereich seines Aufgaben- und Pflichtenbereichs erschwerend ins Gewicht. Zudem handelt es sich um eine innerdienstliche Straftat zu Lasten seines Dienstherrn.

34

Demgegenüber darf in der vorliegenden Konstellation nicht unbeachtet bleiben, dass sich der Beklagte nicht selber bereichert hat und seinen Dienstherrn nicht durch aktives Tun geschädigt hat, sondern durch Unterlassen, da er die Fülle der ihm obliegenden Aufgaben nicht bewältigt bekam. In dem Zusammenhang spielt auch eine - wenngleich nicht allein durchschlagende - Rolle, dass der Beklagte als Beamter der zweiten Qualifikationsebene die Gewerbesteuererhebung auf sich alleine gestellt in eigener Verantwortung zu bewältigen hatte, zusammen mit einer Fülle weiterer Aufgaben.

Organisatorisch hat es insoweit keine amtsintern funktionierende Qualitätssicherung gegeben. Klare interne Vorgaben, deren Einhaltung in gewissen Abständen der Dienstvorgesetzte zu prüfen gehabt hätte, gab es anscheinend nicht. Insoweit wurde in der mündlichen Verhandlung deutlich, dass derzeit eine Erledigung in wenigen Wochen erfolge und vom Kommunalen Prüfungsverband in wenigen Monaten erwartet werde, dienstliche Anweisungen und interne Vorgaben an den Beklagten hierzu habe es aber nicht gegeben. Insoweit erkennt das Gericht durchaus ein gewisses Organisations- und Führungsveragen beim Dienstherrn. Allerdings wäre demgegenüber der Beklagte im Rahmen seiner Pflicht nach § 35 Abs. 1 BeamStG verpflichtet gewesen, sich an seinen Dienstvorgesetzten zu wenden und mitzuteilen, seine Aufgaben nicht bewältigt zu bekommen. Daher sind die organisatorischen Versäumnisse nicht derart gewichtig, dass sie bereits eine Abkehr von der indizierten Höchstmaßnahme mit sich brächten.

35

c) Im Rahmen der Schwere des Dienstvergehens ist bei der Maßnahmebemessung jedoch mit insoweit relevantem und entscheidendem Gewicht eine verminderte Schuldfähigkeit beim Beklagten i.S.v. § 21 StGB zu berücksichtigen, die - in dubio pro reo - zugunsten des Beklagten nicht erst ab dem Jahre 2005, sondern bereits ab dem Jahre 2002 anzunehmen ist.

36

(1) Liegt eine erhebliche Verminderung der Schuldfähigkeit des Beamten im Sinne des § 21 StGB vor, so ist dieser Umstand bei der Bewertung der Schwere des Dienstvergehens mit dem ihm zukommenden erheblichen Gewicht heranzuziehen. Wenn eine erheblich verminderte Schuldfähigkeit vorliegt, wird die Höchstmaßnahme nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts regelmäßig nicht mehr ausgesprochen werden können (BVerwG, U.v. 25.3.2010 - 2 C 83.08 - beck-online Rn. 34).

37

Erheblich verminderte Schuldfähigkeit gemäß §§ 20, 21 StGB setzt voraus, dass die Fähigkeit, das Unrecht einer Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, wegen einer Störung im Sinne von § 20 StGB bei Tatbegehung erheblich eingeschränkt war. Für die Steuerungsfähigkeit kommt es darauf an, ob das Hemmungsvermögen so stark herabgesetzt war, dass der Betroffene den Tatanreizen erheblich weniger Widerstand als gewöhnlich entgegensetzen vermochte (vgl. BGH, U.v. 27.11.1959 - StR 394/59 - BGHSt 14, 30; U.v. 21.11.1969 - 3 StR 249/68 - BGHSt 23, 176; ständige Rspr.). Die daran anknüpfende Frage, ob die Verminderung der Steuerungsfähigkeit aufgrund einer krankhaften seelischen Störung „erheblich“ war, ist eine Rechtsfrage, die die Verwaltungsgerichte ohne Bindung an die Einschätzung Sachverständiger in eigener Verantwortung zu beantworten haben. Hierzu bedarf es einer Gesamtschau der Persönlichkeitsstruktur des Betroffenen, seines Erscheinungsbildes vor, während und nach der Tat und der Berücksichtigung der Tatumstände, insbesondere der Vorgehensweise.

38

Die Erheblichkeitsschwelle liegt umso höher, je schwerer das in Rede stehende Delikt wiegt (vgl. BGH, U.v. 21.1.2004 - Az. 1 StR 346/03 - NSTZ 2004, 437; U.v. 22.10.2004 - Az. 1 StR 248/04 - NSTZ 2005, 329). Für die Annahme einer erheblichen Minderung der Schuldfähigkeit sind schwerwiegende Gesichtspunkte heranzuziehen wie etwa Psychopathien, Neurosen, Triebstörungen, leichtere Formen des Schwachsinn, altersbedingte Persönlichkeitsveränderungen, Affektzustände sowie Folgeerscheinungen einer Abhängigkeit von Alkohol, Drogen oder Medikamenten. Dementsprechend hängt im Disziplinarrecht die Beurteilung der Erheblichkeit im Sinne von § 21 StGB von der Bedeutung und Einsehbarkeit der verletzten Dienstpflichten ab.

39

Aufgrund dessen wird sie bei Zugriffsdelikten bei der Verletzung von ohne weiteres einsehbaren innerdienstlichen Kernpflichtverletzungen nur in Ausnahmefällen erreicht werden (vgl. BVerwG, U.v. 3.5.2007 - 2 C 9/06 - beck-online Rn. 34; BayVGh, U.v. 13.7.2011 - 16a D 09.3127 - beck-online; VGh Mannheim, U.v. 16.9.2010 - 16 S 579/10 - beck-online, jeweils m.w.N.) Ein solcher Ausnahmefall kann vorliegen, wenn die Minderung der Einsichts- und Steuerungsfähigkeit gerade die verletzte Kernpflicht betrifft, die Minderung stark ausgeprägt ist und keine rationale Motivation des Beklagten für sein Verhalten mehr erkennbar ist (VGh Mannheim, U.v. 18.3.2014 - DB 13 S 2343/ 13 - beck-online).

40

(2) In Übereinstimmung mit der Annahme des Strafgerichts und auch der Landesadvokatur Bayern in der Disziplinarklage war der Beklagte erwiesenermaßen ab dem Zeitraum 2005 in seiner Schuldfähigkeit i.S.v. § 21 StGB erheblich vermindert.

41

Die Landesadvokatur Bayern hat hierzu zutreffend in der Disziplinarklage ausgeführt:

„Im Urteil des Amtsgerichts Memmingen wird festgestellt, dass der Sachverständige, der den Beklagten exploriert habe, ausgeführt habe, dass sich bei diesem nicht näher spezifizierbar im Zeitraum 2005 bis 2007 eine rezidivierende depressive Störung mit mittelgradigen Episoden (ICD10 F33.1) sowie in der Folge ein Burnout (ICD10 Z73.0) ausgebildet hätten. Dabei sei es aufgrund eines chronischen Konfliktgeschehens in seiner Partnerschaft sowie am Arbeitsplatz und der auch hieraus resultierenden depressiven Symptomatik zu einer psychischen Labilisierung und in der Folge zu einer Überforderungssituation gekommen. Mit der festgestellten Diagnose sei das Eingangskriterium des § 20 StGB im Sinne einer krankhaften seelischen Störung erfüllt. Die Einsichtsfähigkeit des Beklagten sei dadurch zwar nicht beeinträchtigt, jedoch könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Beklagte aufgrund einer beeinträchtigten Willensbildung in den jeweiligen Tatzeiträumen dem Tatanreiz jeweils nicht mehr genügend Widerstand entgegensetzen konnte und in der Folge die Steuerungsfähigkeit, gemäß seiner vorhandenen Einsichtsfähigkeit zu handeln, im Sinne der Voraussetzungen des § 21 StGB erheblich gemindert gewesen sei. Das Gericht gehe daher von einer verminderten Schuldfähigkeit des Beklagten aus.

Der Sachverständige hatte zuvor in seinem schriftlichen Gutachten vom 27.01.2018 Folgendes ausgeführt: Der Beklagte habe den Beginn seiner psychischen Probleme selbst in die Jahre 2002-2007 datiert, als er zunehmend antriebslos geworden sei, trotz vorhandener Müdigkeit unter Ein- und Durchschlafstörungen gelitten habe und schlapp gewesen sein. Sein Essverhalten habe sich verändert, im Büro hätten seine Hände gezittert, beim Treppensteigen habe er unter Atemnot gelitten und seine Libido habe nachgelassen. Des Weiteren hätten sich eine Grübelneigung, massive Konzentrations- und Merkfähigkeitsstörungen sowie Herzrasen und Blutdrucksteigerungen eingestellt. Diese Symptomatik habe im Laufe der Zeit weiter zugenommen. An seinem Arbeitsplatz habe sich eine zunehmende Überforderungssituation eingestellt, die er sich nicht habe eingestehen können.

Aus medizinischer Sicht gehe der Sachverständige davon aus, dass bei dem Beklagten im Tatzeitraum (2007 bis 2009) auf psychiatrischem Fachgebiet eine rezidivierende depressive Störung mit mittelgradigen Episoden (ICD10 F33.1) sowie in der Folge ein Burnout (ICD10 Z73.0) vorgelegen hätten. Depressive Episoden seien durch eine gedrückte Stimmung, einen Interessenverlust, eine Freudlosigkeit und Antriebsminderung gekennzeichnet. Die Betroffenen seien leichter ermüdbar, könnten sich schlechter konzentrieren, das Selbstwertgefühl sei vermindert. Sie litten unter Schuldgefühlen, Suizidgedanken, Appetitlosigkeit, Schlafstörungen und Libidoverlust. Daneben fänden sich eine verminderte Konzentration und Aufmerksamkeit sowie Gefühle von Wertlosigkeit und negative und pessimistische Zukunftsperspektiven. Während Betroffene bei leichten depressiven Störungen unter den Symptomen litten

und Schwierigkeiten hätten, ihre normale Berufstätigkeit und ihre sozialen Aktivitäten fortzusetzen, gäben sie aber die alltäglichen Aktivitäten nicht auf, wohingegen Betroffenen mit einer mittelgradigen depressiven Episode nur unter erheblichen Schwierigkeiten soziale, häusliche und berufliche Aktivitäten fortsetzen könnten.

Folge man den Angaben des Beklagten, könne davon ausgegangen werden, dass es im Rahmen eines chronischen Konfliktgeschehens in seiner Partnerschaft sowie am Arbeitsplatz und der auch hieraus resultierenden depressiven Symptomatik zu einer psychischen Labilisierung und in der Folge zu einer Überforderungssituation gekommen sei.

In der mündlichen Verhandlung vom ...10.2018 vor dem Amtsgericht Memmingen führte der Sachverständige weiter aus, dass sich die psychischen Probleme des Beklagten in den Jahren 2002 bis 2007 eingestellt hätten. Die Symptomatik habe auch zur Einschränkung der Leistungsfähigkeit (Jahre 2005 bis 2006) geführt.“

42

Die Landesadvokatur Bayern kommt insoweit zu dem Schluss, dass aufgrund der Ausführungen des Amtsgerichts Memmingen sowie des Sachverständigen auch im Disziplinarverfahren davon auszugehen sei, dass die bestehende psychische Problematik bei dem Beklagten ab dem Jahr 2005 einen Krankheitswert entwickelte, indem sich die ab 2005 bestehende Einschränkung der Leistungsfähigkeit spätestens bis zum Jahr 2007 zu einer verminderten Schuldfähigkeit steigerte. Im vorliegenden Fall sei aufgrund der Schwere des Dienstvergehens (Schaden insgesamt ca. 2,3 Mio €, langer Tatzeitraum, s.o.) und aufgrund der Verletzung von für den Beklagten als Leiter der Steuerabteilung leicht einsehbaren Kernpflichten (Erlass der Steuerbescheide innerhalb der Festsetzungsfrist) davon auszugehen, dass die Erheblichkeitsschwelle bei der disziplinarrechtlichen Würdigung sehr hoch anzusetzen ist. Demgegenüber sei aber festzustellen, dass die diagnostizierten Störungen sich unmittelbar auf die Fähigkeit des Beklagten zur Arbeitsleistung auswirkten. So sei davon auszugehen, dass jedenfalls ab dem Jahr 2005 die Leistungsfähigkeit des Beklagten deutlich eingeschränkt und es zu einer Überforderungssituation gekommen war. Angesichts des Umstandes, dass das bei dem Beklagten diagnostizierte Krankheitsbild insoweit in unmittelbarem Zusammenhang mit den ihm vorgeworfenen Dienstpflichtverletzungen steht, liege es nahe, davon auszugehen, dass die erforderliche Erheblichkeitsschwelle erreicht sein dürfte, sodass auch im Disziplinarverfahren von einer erheblichen Minderung der Schuldfähigkeit des Beklagten auszugehen wäre.

43

(3) Entgegen der Auffassung des Klägers ist aber - jedenfalls in dubio pro reo - davon auszugehen, dass der Beklagte bereits ab 2002 entsprechend psychisch belastet war.

44

Der obergerichtlichen Rechtsprechung folgend sind bereits dann nach dem Grundsatz in dubio pro reo mildernde Umstände bei der Maßnahmebemessung zu berücksichtigen, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für ihr Vorliegen sprechen (BVerwG, U.v. 23.2.2012 - 2 C 38.10 - juris Rn. 15; BayVGH, U.v. 25.10.2017 - 16 a D 15.1110 - beck-online Rn. 60) bzw. nach erschöpfender Sachaufklärung ein Sachverhalt nicht ohne Zweifel ausgeschlossen werden kann, dessen rechtliche Würdigung eine erheblich verminderte Schuldfähigkeit des Beamten ergibt (VG Berlin, U.v. 12.10.2010 - 80 K 34/90 - juris Rn. 58 mit Verweis auf OVG Berlin-Brandenburg, U.v. 18.2.2010 - 80 D 9.08 n.v.).

45

Den Angaben des Beklagten nach, bestand seine zunehmende Symptomatik im Zusammenhang der sich entwickelnden Ehekrise. So hat der Sachverständige in der mündlichen Verhandlung beim Strafgericht angegeben, im Jahre 2002 bis 2007 hätten sich die psychischen Probleme beim Beklagten eingestellt. Der Tinnitus, bezüglich dessen der Gutachter einen Zusammenhang mit der psychischen Symptomatik nicht ausschließt, ist bereits auf Mitte 2000 diagnostiziert. Der Beklagte selber benannte in der Klinik ... im August 2016 einen Beginn seiner psychischen Probleme vor 10 bis 15 Jahren.

46

In der Einvernahme als Sachverständigen in der mündlichen Verhandlung am 5. April 2022 gab der Gutachter hierzu an, der Beklagte habe ihm gegenüber geschildert, eine Verschlechterung seines Befindens habe mit der Trennung von seiner Ehefrau angefangen. Es habe schon über Jahre

Schwierigkeiten in der Beziehung gegeben, die aber 2002/2003 zunehmend größer geworden sein. Der Beklagte habe über psychische Probleme aus den Bereichen (Durch-)Schlafstörungen, Antriebslosigkeit, verändertes Essverhalten, mitunter zitternde Hände bei der Arbeit, Konzentrations-/Merkfähigkeitsstörungen und Herzrasen sowie Blutdrucksteigerung geschildert, auch von einer nachlassenden Libido. Der Schilderung des Beklagten nach hätten diese psychischen Probleme im Zeitraum 2002-2007 begonnen. Ab dem Jahre 2002 ließen sich den Angaben des Beklagten nach Anhaltspunkte für das Entstehen der geschilderten depressiven Symptomatik entnehmen. In welcher konkreten Ausprägung, insbesondere in welchem Schweregrad depressive Episoden aufgetreten sind, lasse sich seriös nicht beurteilen. Mit vorsichtiger Annahme könne der den Arztunterlagen zu entnehmende Tinnitus ein Zeichen einer Überforderung gewesen sein, dies lasse sich jedoch nicht konkret feststellen.

47

Über das psychiatrische Gutachten im Strafverfahren und die Einvernahme des Gutachters als sachverständigen Zeugen hinaus lässt sich die genaue damalige psychische Verfasstheit des Beklagte nicht mehr aufklären.

48

Zur Überzeugung des Gerichts liegen bereits ab dem Jahre 2002 hinreichende Anhaltspunkte für eine psychische Symptomatik beim Beklagten vor, die nicht erst ab dem Jahre 2005 zu einer erheblich verminderten Schuldfähigkeit, sondern während des gesamten, dem Beklagten zur Last gelegten Zeitraums greift. Einen relevanten Krankheitswert erst ab dem Jahre 2005 anzunehmen, würde aus Sicht des Gerichts den Grundsatz in dubio pro reo zuwiderlaufen. Vielmehr ist anzunehmen, dass der Beklagte schon in den Jahren ab 2002 derart psychisch belastet war, dass er nicht mehr hinreichend befähigt war, entsprechenden Bearbeitungsrückständen pflichtgemäß entgegenzuwirken und diese ggü. seinem Dienstvorgesetzten offenzulegen, sondern er vielmehr - krankheitsbedingt - davon ausging, er werde das schon schaffen und müsse das alleine machen.

49

Diese Annahme ergibt sich aus den im psychiatrischen Gutachten vom 27. Januar 2018 - für den im Strafverfahren nur gegenständlichen Zeitraum - herausgearbeiteten Verhaltensmustern, die der Sachverständige in der mündlichen Verhandlung am 5. April 2022 nochmals bestätigte: Der Beklagte habe seinen Angaben zufolge die Problematik „unbearbeiteter Veranlagungen erkannt und gedacht, ich schaffe es noch, dass es nicht zur Verjährung kommt“, er habe es jedoch aufgrund der generellen Arbeitsüberlastung und des Burn-Out „nicht mehr auf die Reihe gebracht“; dies habe er sich nicht eingestehen können (Bl. 36 des Gutachtens vom 27.1.2018). Wie der Beklagte „dies schon immer in seinem Leben machte, versuchte er, diese Probleme mit sich selbst auszumachen, gestand sich die Symptomatik nicht ein und wollte auch mit niemanden darüber sprechen“ (Bl. 42 des Gutachtens). Auch die Zeugenaussage von Frau V. in der mündlichen Verhandlung beim Strafgericht ergab, dass der Beklagte immer wieder gefragt worden sei, ob und wie er seine Arbeit schaffe; er habe dann immer wieder beteuert, dass er das schon schaffe; sei als gewissenhaft, fleißig und genau bezeichnet worden (Bl. 220 der Strafakte). Auf diese Zeugenaussage verwies auch der Sachverständige in seiner Zeugenfunktion bei der Beweisaufnahme am 5. April 2022.

50

In dem Kontext ist auch beachtlich, dass sich vorliegend fraglich gestaltet, zu welchem Zeitpunkt tatsächlich bereits ein dienstpflichtwidriges Handeln des Beklagten bestand. So wird ein solches nicht bereits anzunehmen sein, wenn dem Steueramt die Steuermessdaten vorliegen, jedoch auch nicht erst beim Eintritt der Verjährung. Der Kläger stellt insoweit auf eine adäquate Bearbeitungsdauer ab, die jedoch nicht festgelegt war. Vor dem Hintergrund des psychiatrisch dargelegten Verhaltensmusters „Ich schaffe das schon noch. Ich muss das alleine schaffen.“ ist dies insoweit bedeutsam. Der Beklagte hat den Berg an zu erledigender Gewerbesteuererhebung entsprechend vor sich hergeschoben, eine drohende Verjährung bzgl. der ihm zur Last gelegten Fälle noch nicht unmittelbar vor sich. Die Organisationsstruktur, Eigenverantwortlichkeit, fehlende Kontrolle und erst in Jahren eintretende Verjährung begünstigten insoweit, dass das Verhaltensmuster des Beklagten mit Krankheitswert entsprechend Platz greifen und für die Kernpflichtverletzung gerade kausal werden konnte.

51

Soweit die Landesanstalt für Jugendberufs Hilfe dem Beklagten in der Disziplinaranzeige unter 2.7.2 aber für die Veranlagungsjahre 2001 bis 2003 die volle Verantwortung für sein Verhalten zur Last legt, folgt das Gericht insoweit daher nicht, sondern nimmt vielmehr eine verminderte Schuldfähigkeit beim Beklagten mit der Folge einer Milderung der Schwere des Dienstvergehens über den gesamten Zeitraum der Dienstpflichtverletzungen an.

52

(4) Die dem Beklagten unter II.3. und 4. zur Last gelegten Dienstpflichtverletzungen sind ebenfalls im Kontext der psychischen Verfasstheit des Beklagten zu sehen und daher nicht von eigenständig erschwerendem Gewicht. Aufgrund des krankheitswerten Verhaltensmuster „Ich schaffe das. Ich muss das alleine schaffen.“ ist gerade in Bezug auf das unter II.3. und 4. zur Last gelegte Verhalten ein deutlicher Bezug zur verminderten Schuldfähigkeit des Beklagten im Sinne eingeschränkter Einsichtsfähigkeit in die begangenen Dienstpflichtverletzungen gegeben.

53

2. Bei der weiteren Maßnahmebemessung sind nach Art. 14 BayDG insbesondere die die Beeinträchtigung des Vertrauens des Dienstherrn oder der Allgemeinheit, das Persönlichkeits des Beklagten sowie dessen bisheriges dienstliches Verhalten zu berücksichtigen.

54

Soweit beklagten-seits auf die Belastung des Beklagten durch das Straf- und Schadensersatzverfahren verwiesen wird, kommt dem kein bedeutsam milderndes Gewicht zu. Auch die Tatsache, dass der Beklagte bislang nicht strafrechtlich oder disziplinarisch vorbelastet war, fällt nicht ins Gewicht. Diese Umstände stellen ein normales Verhalten zur Erfüllung der Dienstpflichten dar. Die langjährige pflichtgemäße Dienstaussübung ist - selbst bei überdurchschnittlichen Leistungen - für sich genommen regelmäßig nicht geeignet, derartige Pflichtverstöße in einem mildernden Licht erscheinen zu lassen (BayVG, U.v. 18.3.2015 - 16a D 09. 3029 - juris Rn. 96).

55

Gleichermaßen sind die gute Beurteilung des Beklagten mit 14 Punkten und das gute Persönlichkeitsbild vom 24. Juni 2017 i.V.m. den auch im Strafverfahren von Vorgesetzten und Kollegenseite deutlich gemachten positiven Eigenschaften des Beklagten zu beachten, führen aber nicht zu einer durchgreifend weiteren Milderung.

56

Mildernd zu berücksichtigen ist hingegen die Länge des gerichtlichen Verfahrens. Während das Disziplinarverfahren bei der Landesanstalt für Jugendberufs Hilfe nach Herausrechnung des Aussetzungszeitraums dem gesetzlichen Beschleunigungsgebot nach Art. 4 BayDG durchaus Rechnung getragen hat, ist dies mit einem Zeitraum von fast drei Jahren bei Gericht nicht mehr der Fall, zumal die Dienstpflichtverletzungen einen lang zurückliegenden Zeitraum von 2002 bis 2009 betreffen. Statt den Rahmen des Art. 12 BayDG von 5 Jahren Kürzung des Ruhegehalts - wie an sich geboten - auszuschöpfen, hält das Gericht eine Reduzierung um ein Jahr angesichts der gerichtlichen Verfahrensdauer für angezeigt.

57

VI. Auch unter Verhältnismäßigkeitserwägung ist daher eine Kürzung des Ruhegehalts für die Dauer von 4 Jahren angemessen. Dabei dient die Dauer der Kürzung nicht dem Aspekt der Pflichtenmahnung, nachdem der Beklagte im Ruhestand ist, sondern dem Ansehen des Beamtentums und Vertrauen der Allgemeinheit. Ist es angesichts der psychischen Verfasstheit des Beklagten bei Begehung des schweren Dienstvergehens nicht nur angemessen, sondern auch geboten, noch nicht von der Höchstmaßnahme auszugehen, ist jedoch eine deutliche Disziplinarmaßnahme zur Wahrung des Ansehens des Beamtentums erforderlich, geeignet und auch dem Beklagten gegenüber verhältnismäßig.

58

VII. Der Kürzungsbruchteil von 1/20 ergibt sich dabei aus der Zugehörigkeit des Beklagten zur zweiten Qualifikationsebene und der diesbezüglichen ständigen Rechtsprechung.

59

VIII. Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 72 Abs. 1 Satz 1 BayDG.